



Hamburgs-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 43

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis (M. 1.) 30 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claus-Groth-Strasse 1. Fernspr. 5, 8244.

Hamburg, den 27. Oktober 1917

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Non-
pareilzeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der
Betrag ist stets vorher einzubringen).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

31. Jahrg.

Schwerarbeiterzulagen für die Arbeiter des Maler-, Lackierer- und Anstreichergewerbes.

Unsere Berufsangehörigen werden nach den allgemeinen Bestimmungen des Kriegsernährungsamtes leider nicht als Schwerarbeiter angesehen. Wer die Tätigkeit unserer Kollegen und die mit dieser verbundenen Lebensverhältnisse kennt, wird das als einen Mangel anerkennen müssen, so sehr man auch die weitestgehende Rücksicht auf die nun einmal notwendige Beschränkung nimmt, die der englische Ausnahmegesetzgebung der breiten Masse des Volkes auferlegt. Denn es ist nur zu bekannt, daß ein großer Teil von den keineswegs schwere Arbeit verrichtenden Arbeitern und Angestellten in Rüstungsbetrieben Schwer- und sogar Schwerstarbeiterzulagen zugewiesen erhält, und im übrigen sind selbst in der allgemeinen Liste der Schwerarbeiter ganze Arbeitergruppen enthalten, die mindestens hierauf keinen größeren Anspruch haben als jeder Malergehilfe auch. Wir überließen es bisher unsern Filialverwaltungen, an den einzelnen Orten zu versuchen, eine Berücksichtigung ihrer Wünsche durchzusetzen. Da dies jedoch nur vereinzelt Erfolg hatte, entschloß sich unser Vorstand zu einem allgemeinen Vorgehen beim Kriegsernährungsamt. — Die hierauf zugleich auch im Namen der übrigen Hilfsorganisationen abgegebene Eingabe lautet:

Hamburg, den 6. Oktober 1917.

An das Kriegsernährungsamt

Berlin W 8, Mohrenstraße 64/65.

Der unterzeichnete Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands richtet hierdurch, zugleich auch im Namen des Zentralverbandes christlicher Maler und des Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsvereins der Maler und graphischen Verufe, an das Kriegsernährungsamt ganz ergebenst das Ersuchen, die Arbeiter des Maler-, Lackierer- und Anstreichergewerbes, soweit sie nicht bereits durch ihre Beschäftigung in den Betrieben der Rüstungsindustrie bei der Verteilung der Zulagen für Schwer- und Schwerstarbeiter berücksichtigt werden, allgemein mit in die Liste für Schwerarbeiter aufzunehmen.

Zur Begründung dieses Ersuchens gestatten wir uns, darauf hinzuweisen, daß die Tätigkeit der Maler-, Lackierer- und Anstreichergehilfen nicht allein in den kriegswichtigen Betrieben, sondern auch auf Neubauten und in Privathäusern größere körperliche Anstrengungen erfordert, als allgemein auch von den für die Verteilung der Lebensmittelzulagen in Betracht kommenden Behörden angenommen zu werden scheint. Die Arbeit des Malers und Anstreichers findet zum übergroßen Teil von Leitern und meist von ihnen selbst unter oft schwierigen und stets wechselnden Verhältnissen aufgebauten Gerüsten statt, wodurch schon allgemein ein großer Kräfteaufwand notwendig ist. Ferner ist das Auftragen der Farben, soweit es sich nicht lediglich um, jetzt aber fast gar nicht vorkommende, bessere Dekorationsarbeiten handelt, so anstrengend, daß bei ungenügender Ernährung der einzelne Arbeiter unmöglich dies auf die Dauer verrichten kann. Es kommt hinzu, daß infolge des Mangels an Leinöl (Firnis), Terpentinöl, tierischem und pflanzlichem Leim, sowie anderer bisher gebräuchlicher Bindemittel, die in der Hauptsache aus Wehl und Stärke bestanden, zu Ersatzstoffen Zuflucht genommen worden ist, deren Verarbeitung durch große Fähigkeit weit anstrengender ist als unter normalen Verhältnissen. Außer dem ist eine Reihe der jetzt verwendeten Ersatzstoffe, die, soweit es sich um Deckfarben handelt, zum großen Teil aus benzolhaltigen, schnelltrocknenden Stoffen bestehen, außerordentlich gesundheitschädlich, wobei noch die allgemeine Veranlagung der Maler- und Anstreichergehilfen infolge der Verarbeitung von giftigen Bleifarben zu Magen- und Darmkrankungen Beachtung verdient.

Eine ungenügende Ernährung längere Zeit hindurch muß diese Gesundheitsgefahren ganz außerordentlich steigern, so daß uns auch bereits aus unsern Mitgliedsreisen, insbesondere über zunehmende Magen- und Darmkrankungen in einem Maße zugehen, das den allgemeinen Durchschnitt zweifellos weit übersteigt.

Es kommt ferner hinzu, daß sich die Arbeit der Maler- und Anstreichergehilfen fast ausschließlich außerhalb einer bestimmten Werkstatt, zum großen Teil in weit abgelegenen einzelnen Betriebsstätten abspielt, die noch dazu sehr oft, monatelang täglich sogar mehrmals, wechseln. Es ist dadurch ausgeschlossen, daß ein Malergehilfe

seine Mittagsmahlzeit in seiner Behausung einnehmen kann, und ferner wird die meist neuneinhalb- und zehnstündige Arbeitszeit durch das Zurücklegen weiter Wege im allgemeinen, einschließlich der auf der Arbeitsstelle auszubringenden Pausen, auf durchschnittlich 14 und 16 Stunden erhöht. Es ist für die so, wie oben dargelegt, körperlich schwer arbeitenden Arbeiter, noch dazu, wenn sie bei ihrer Tätigkeit Gesundheitschädigungen ausgesetzt sind, ganz ausgeschlossen, auf die Dauer mit den üblichen Lebensmittelmengen auszukommen.

Wir erachten unter den dargelegten Verhältnissen die Berücksichtigung unserer Berufs Kollegen bei der Zuweisung von Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen zum mindesten ebenso berechtigt als für alle übrigen Bauarbeiter, und glauben, den nunmehr durch diese Eingabe unternommenen Schritt trotz der weitestgehenden Berücksichtigung des vorhandenen Nahrungsmittelmangels auf keinen Fall mehr hinausögern zu dürfen. Da unsere Kollegen mit gleichartigem Ersuchen in einzelnen Orten oder Landesteilen nur ganz vereinzelt Berücksichtigung fanden und gewöhnlich mit dem Hinweis abgewiesen wurden, daß wir unsere Wünsche an zentraler Stelle vorbringen müßten, bitten wir hierdurch nochmals ganz ergebenst, unsern oben gestellten Anträge Berücksichtigung schenken zu wollen.

Hochachtungsvoll

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Der Vorstand. J. A. gez. Otto Streine.

Auf diese Eingabe, von der wir glaubten, annehmen zu können, daß sie bei aller Berücksichtigung der vorliegenden Verhältnisse, die es dem Kriegsernährungsamt sicher nicht leicht machen, bei seinen allgemeinen Anordnungen allen berechtigten Wünschen zu entsprechen und Ungerechtigkeiten zu vermeiden, dennoch weitestgehend entgegenkommen würde, ging uns folgender Bescheid zu:

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes.

Berlin, den 10. Oktober 1917.

An den Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. Deutschlands, Hamburg.

Durch meinen Erlass vom 28. September 1917 — C. III. 8424 — sind Richtlinien gegeben, welche Gruppen von Arbeitern als Schwer- und Schwerstarbeiter anzuerkennen sind. Die Anerkennung als solche erfolgt lediglich durch den zuständigen Kommunalverband. Dieser hat aber die Möglichkeit, unter Anhörung des Arbeiterausschusses auch andere Arbeiter, welche nicht unter die aufgeführten Gruppen fallen, unter Berücksichtigung besonderer Verhältnisse als Schwer- und Schwerstarbeiter anzuerkennen. Es ist daher von Fall zu Fall der Antrag an den zuständigen Kommunalverband zu richten.

Im Auftrage: gez. v. Heeringen.

Danach ist es nun Aufgabe unserer Filialverwaltungen, an ihren Orten unter Berücksichtigung der dort vorliegenden Verhältnisse in gleichem Sinne wie vom Vorstand unseres Verbandes und der übrigen Hilfsorganisationen für die Interessen unserer Kollegenschaft, die nicht in Betrieben der Rüstungsindustrie arbeitet und dort als Schwer- oder Schwerstarbeiter gilt, zu wirken. — Wir werden später über den Erfolg dieser Tätigkeit berichten.

Vermieter, Mieter und die Kohlennot.

Von Rechtsanwält Dr. Berthold, Leipzig.

Der Herbst hält seinen Einzug. Die ersten kalten Abende und Nächte mahnen an die erheblichen Wärmebedürfnisse der kommenden Jahreszeit. Sie werfen damit besonders eindringlich die Frage der Kohlenversorgung auf. Wir wissen alle, daß diese Frage in den nächsten Monaten zu den ernstesten Problemen unserer Kriegswirtschaft gehört. Freilich sind wir uns darüber klar, daß wir auch diese Schwierigkeit überwinden werden. Aber es ist gut, den Dingen von vornherein klar ins Gesicht zu sehen, um Überraschungen und alles, was im Wirtschaftslieben mit ihnen zusammenhängt, zu vermeiden. Kennen wir die Gefahren, werden wir ihnen um so leichter zu begegnen wissen.

Da ist es geboten, die kommende Kohlenknappheit unter einem Gesichtspunkt zu betrachten, der abseits zu liegen scheint, dessen Bedeutung aber sofort klar wird, nämlich unter dem Gesichtspunkt der Verträge aus dem Gebiete des Mietrechts, die die Verpflegung zur Gewährung geheizter Räume enthalten. Da nämlich sowohl durchweg für den sogenannt

en Hausbrand die Kohlenlieferung nur zu einem Prozentsatz des früheren Jahresbedarfs erfolgen wird, werden die meisten Vermieter nicht in der Lage sein, ihre Vertragspflicht zu erfüllen und ordnungsmäßig geheizte Räume zu gewähren. In welche Rechtslage geraten sie und ihre Mieter?

Wir betrachten zunächst den Fall, der die größte Bedeutung erlangen wird, das ist derjenige der Zentralheizung. Sie ist gleich wichtig für gewerbliche wie für Wohnzwecke. Noch für den Winter 1918/17 hat das Kammergericht in Berlin in einem wichtigen Urteil vom 1. Juni 1917 entschieden, daß der Vermieter, der infolge Kohlenmangels die Zentralheizung längere Zeit nicht gehen lassen konnte, sich auf die Kohlennot nicht berufen kann; der Vermieter, der durch einen 1916 abgeschlossenen Vertrag Fabrikräume mit Zentralheizung vermietet hatte, wurde verurteilt, dem Mieter den durch die Nichtbeheizung entstandenen bedeutenden Schaden zu ersetzen, weil er sich bei gehöriger Vorsicht vor dem Winter 1918 mit Kohle hätte eindecken müssen. Für den kommenden Winter wird ein solches Urteil unmöglich sein. Ist dem Vermieter behördlich nur eine beschränkte Menge Kohle zugeteilt und ist ihm deshalb die Vertragserfüllung, ohne daß ihn Verschulden trifft, unmöglich, so wird er von der Heizpflicht frei (§ 275 BGB.). Der Mieter kann ihn nicht auf Erfüllung verklagen. Er hat kein Recht auf Schadenersatz, selbst dann nicht, wenn er in die allergrößten Schwierigkeiten gerät, zum Beispiel sein Geschäft schließen muß. Er muß sich also mit ungeheizten Räumen begnügen. Allerdings hat er ein Recht auf Mietminderungen. Diese erfolgt nach § 537 BGB. im Verhältnis des Wertes der Räume mit Heizung zu demjenigen ohne Heizung, aber zur Zeit des Abschlusses des Mietvertrages. Und dieses Minderungsrecht hat er auch dann, wenn der Vermieter nur ungenügend heizt. § 537 BGB. gestattet nicht, etwa im Allgemeininteresse eine geringere Wärmelieferung als vertragsmäßig zu sanktionieren. Es ist dann eben nur die Zinsherabsetzung geringer. Allerdings sprechen auch hier nach den Grundsätzen von Treu und Glauben (§ 242 BGB.) die Anschauungen des anständigen Rechtsverkehrs ihr gewichtiges Wort.

Ist also der Mieter zentral beheizter Räume hier nach unter Umständen im Nachteil — denn die Zinsherabsetzung deckt oft seinen Schaden bei weitem nicht —, so gibt ihm das Mietrecht in § 542 BGB. eine außerordentlich scharfe Waffe in die Hand. Er hat das Recht, kostenlos auszugelassen. Das Gesetz verlangt allerdings, daß der Mieter zunächst eine angemessene Frist zur Beschaffung von Heizmaterial setzt, gestattet aber den sofortigen Auszug ohne solche Frist, wenn für den Mieter das Interesse an geheizten Räumen wirklich so groß ist, daß er nicht warten kann. Hier ist eine Quelle schwerer Schäden für den Vermieter. Zum Beispiel können leicht unbedeutende Verträge abgebrochen werden. Allerdings ist der fristlose Auszug bei unerheblich ungenügender Heizung unzulässig, soweit der Mieter nicht besondere Gründe für sich anführen kann. Der Vermieter wird also gut tun, seine Kohlenverteilung entsprechend einzurichten, vielleicht auch schleunigst, möglichst vor dem Kündigungsstermin, vertragliche Abmachungen mit seinen Mietern zu treffen, die ihn schützen. Für den Mieter wird in vielen Fällen eine Vertragsbestimmung, die bisher unbeachtet in den üblichen Kontrakten stand, recht unangenehme Wirkung haben. Es ist die Bestimmung, daß gegen den Mietzins keinerlei Ansprüche aufgerechnet und von ihm keinerlei Abzüge gemacht werden dürfen. So färgelich sie für den Mieter ist, sie kann nicht als sittenwidrig betrachtet werden. Der Mieter kann also dann den Mietzins nicht in der beschriebenen Weise einfach mindern, sondern muß seine Ansprüche in einem besonderen Prozeß gegen den Vermieter geltend machen. Es wird ihm allerdings häufig möglich sein, durch sein Recht auf sofortigen Auszug den Vermieter zur Nachgiebigkeit zu zwingen.

Gegenüber diesem Hauptfall treten die weiter in Betracht kommenden Fragen zurück. Doch lohnt es sich, einen Blick auf die vielgestaltige Rechtslage zu werfen.

Der „Garçonherr“, also derjenige, der ein möbliertes Zimmer gemietet, dem die Wirtin nicht Beheizung besonders zugesagt hat, kann weder ausziehen noch den Mietzins mindern. Anders wird der Pensionär beurteilt werden müssen. Können ihm wohnliche Räume nicht dargeboten oder die Wahlzeiten nicht gefocht werden, wird er mindern und ausziehen können. Der Hotelgast wird, ohne besondere Zustimmung, kein Recht aus der mangelhaften Heizung herleiten können. Der Abnehmer von Befehallen und dergleichen wird kündigen können. Wir sehen, eine Quelle zahlreicher Streitigkeiten.

Hoffen wir, daß es gelingt, das Problem der Kohlenförderung und -Zuteilung immer besser zu lösen, vor allem aber, daß die Vertragsparteien der große Geist der Brüderlichkeit erfüllt, der unserer großen Zeit würdig ist.

Die Preise für die Waren des täglichen Bedarfs

haben heute eine Höhe erreicht, die Schwindel erregt. Ganz ähnlich und sie auf das Doppelte, das Dreifache, das Vier-, Fünf-, ja Tausendfache angewachsen. Und noch immer steigt die Welle. Es scheint kein Dallen zu geben, verhängend hoch in der Kartoffelpreis hinaufgeschraubt worden. Die Kartoffel soll uns für die kommende Winterperiode über Wasser halten. Es scheint aber, daß das an den Preisen überflüssig wird. 10 pro Zentner wird der Herbst- und Winterpreis sein. In dem Erzeugerpreis von 1/5 beziehungsweise 1/6 pro Zentner treten im Vergleich zu dem Vorjahre allerlei Prämien für die schnelle Lieferung, für die Anfuhr. Da der Handel mit Saatkartoffeln zugelassen ist, kann man gespannt sein, wie die Entwicklung sich weiterhin gestalten wird. Ohne Prophezei kann man sich schon vorstellen, daß zum Frühjahr bei der Preis eine weitere Aufwärtsbewegung machen wird. An es laßt die ganze Frage auf, ob dann überhaupt noch Kartoffeln zu haben sind, trotz der guten Ernte. Wie der Kartoffelpreis befinden sich alle anderen Preise in der Aufwärtsbewegung, so für Brot, Butter, Milch. Die Fleischpreise werden bald nachfolgen. Die Eier haben einen eben erhebigen Aufschlag nach oben getan. — Schlimmer als mit diesen rationierten Waren steht es mit Obst und Gemüse. Immer höher sind die Preise gestiegen. Trotz der enormen Höchstpreise herrscht das größte Chaos. An die Zerkleinerung leidet sich kein Mensch. Für den höchsten Preis der ersten Sorte von 65 s erhält der Verbraucher das unmöglichste Gemüse angeboten. Noch höher ist es auf dem Gemüsemarkt. Die Preise balancieren auf schwindelnden Nerven. Will der Verbraucher etwas haben, so ist er gezwungen, jeden Preis zu zahlen, der ihm angeboten wird. An Höchstpreise leidet sich niemand. Woran liegt das?

Die Meistbietende für Gemüse und Obst entschuldigte das vor vier Wochen damit, daß das Herbstgemüse noch nicht reif sei. Natürlich war das danebengegriffen. Denn der September ist schon ein recht guter Gemüsemonat. Jetzt kann dieser Hinweis nicht mehr gelten. Darum brachte die amtliche Stelle unlängst einen neuen Grund vor. Die Bauern hätten jetzt zuviel Arbeit mit dem Kartoffelausschneiden, da können sie kein Gemüse liefern. Auch das stimmt nur zum geringsten Teil. Denn die Gemüsebauern haben nicht sehr viel Kartoffeln. Vielmehr kaufen sie langem die Nonnenzettelchen ganz heimlich viel ein. Dann machen die einzelnen Kunden es staalen zu viel Ausfuhrschwierigkeiten. Namentlich Süddeutschland gegenüber Norddeutschland. Ferner sind auch die einzelnen preussischen Kreise häufig sehr zurückhaltend. Jedenfalls sind die Preise meist so unheimlich hoch, daß man sich nicht vorstellen kann, daß die Händler etwa auf noch höhere Preise lauern könnten. Das Publikum aber zahlt schon deshalb jeden Preis, weil jeder froh ist, wenn er einmal etwas Grünes auf den Tisch bekommt, zumal mit den paar Pfund Kartoffeln und den geringen Fleischmengen allein keine Mahlzeit herzustellen ist. Mit begehrten Wägen schaut man heute auf die gemüserreichen Gegenden, wo wie in Frankfurt a. M. Weißkraut für 15 s das Pfund angezogen wird, Kohlrabi für 25 s, Tomaten ebenfalls für 25 s. Auch Zwiebeln scheint es in Frankfurt a. M. noch massenhaft zu geben.

Obst kann man ja jetzt auch in norddeutschen Großstädten kaufen. Aber wieviel niedriger sind auch hier die Preise, zum Beispiel in Frankfurt a. M. und in Süddeutschland als in Berlin und Hamburg. Äpfel werden dort angezogen für 20 bis 25 s das Pfund. Kirschen hat es in den meisten norddeutschen Großstädten überhaupt nicht gegeben. In anderen Gegenden hat man so viel davon gehabt, daß sie dem Vieh gefüttert worden sind. In Frankfurt a. M. Würzburg und anderen süddeutschen Städten hat man sie für 27 bis 29 s das Pfund angeboten. Auch hier sind die Ausfuhrschwierigkeiten sehr groß. Bayern läßt überhaupt nichts heraus. In den preussischen Landratsämtern dauert es mit der Ausfuhrerlaubnis so lange, daß das Obst in manchen Fällen schlecht geworden ist.

Selbst diejenigen Leute, die in andern Kreisen Obstgärten besitzen, haben die größte Mühe, ihr selbstgeerntetes Obst fortzubekommen. Solche auf die Schlagbaumpolitik begründeten unbilligen Zustände müssen Aufzubehalten in die weitesten Kreise dringen, die immer noch dem Wahn sich hingeben, daß sie im „einigen, großen, Deutschen Reich“ wohnen, wo alle Deutsche den gleichen Pflichten sowohl als auch den gleichen Rechten unterstellt sind.

Die schwindelhafteste Entwicklung jedoch finden wir bei den sonstigen Waren. Man sehe sich das Volksgüter im Verleumdungsgewerbe einmal an. Von Woche zu Woche, von Monat zu Monat wird ein höherer Preisstand erkauft. Ebenso steht es mit den Haus- und Küchengeräten, von allen andern Geschäftszweigen ganz zu schweigen. Die Quelle dieser „Hochkonjunktur“ ist bei den Erzeugern und Fabrikanten zu suchen. Während diese anscheinend geradezu souverän schalten und walten, ist den Kleinhandlern oft nur ein Verdienst von 10 pzt. eingeräumt. Natürlich kann bei den heutigen Verhältnissen kein Mensch davon sein Leben fristen, und die Folge ist, daß sie sich schadlos zu halten suchen, wo es eben geht. Die Verkäufer dieser Warenwirtschaft sind natürlich die Verbraucher, die nicht ein noch aus wissen, da das Einkommen diesem rasenden Preisaufstreben gegenüber absolut nicht zureicht.

Von unsern Kollegen im Felde.

Das Eisene Kreuz zweiter Klasse erhielten die Kollegen: Hermann Rößner und Willi Treptau, Mitglieder der Filiale Danzig; Buchhoff, der langjährige Vorsitzende der Filiale Düsseldorf; L. Dietz, Mitglied der Filiale Wilhelmshaven. Das Eisene Kreuz erhielt Kollege Tiege, Mitglied der Filiale Elberfeld.

Unsere Filialen unter dem Kriegszustande.

Stettin. Die Mitglieder unserer Filiale beschäftigten sich am Sonntagabend, 13. Oktober, in einer Verwaltungssitzung und am 14. dieses Monats in einer Versammlung mit den Beschlüssen unseres Verbandsrates. Unser Bezirksleiter, Kollege Jakobitz, berichtete an Hand des reichhaltigen Materials über den Stand unserer Organisation im vierten Kriegsjahre und begründete die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung. In der Verwaltungssitzung sowie auch in der Versammlung sprachen die Kollegen sich einmütig für die Erhöhung des Beitrages aus. Daß die Weihnachtsunterstützung an die Frauen unserer eingezogenen Mitglieder auch in diesem Jahre von der Hauptkasse gezahlt werden soll, wurde freudig begrüßt. Aber auch diese Ausgabe wurde von den Kollegen eine Beitragserhöhung als notwendig bezeichnet. Darauf wurde einstimmig beschlossen, den Beitrag um 20 s ab 1. März nächsten Jahres zu erhöhen, damit auch die Filialkassen eine Stärkung erfahren.

Auch in Köslin stimmten die Kollegen einer Beitragserhöhung von 10 s zu. Der Lokalzuschlag beträgt bereits 20 s, und da die Filiale über einen verhältnismäßig guten Klassenbestand verfügt, nahm man von einer weiteren Erhöhung des Beitrages zugunsten der Lokalkasse Abstand. Anerkannt wurde ebenfalls, daß auch in diesem Jahre zu Weihnachten eine Unterstützung an die Frauen unserer eingezogenen Mitglieder ausgezahlt werden solle.

In Kolberg beschloßen unsere Kollegen, den Beitrag ab 1. März 1918 um 15 s pro Woche zu erhöhen. Damit werden die Beiträge im nächsten Jahre mit der Nachbarstadt Köslin gleich hoch gestellt. Ebenso wurden auch hier die Beschlüsse des Verbandsrates gutgeheißen.

Baugewerbliches.

DWA. Wohnungsreformumgebung und Organisationen. In der Zeit nach Friedensschluß wird die Herabsetzung der Preise der Hauptlebensbedürfnisse eine ganz

besondere Wichtigkeit gewinnen; denn der Ausgleich für Veränderungen in den Löhnen wird vor allem in einer wesentlichen Verringerung der Preise für Lebensmittel, Kleider und die andern großen regelmäßigen Bedürfnisse gesucht werden müssen. Eine sehr große Rolle unter diesen Gütern spielt da aber auch die Wohnung, und hier liegen bei der außerordentlichen Verteuerung des Bauens und dem bevorstehenden Wohnungsmangel die Verhältnisse sogar ganz besonders bedrohlich. Die Organisationen der Arbeiter und Angestellten wie alle sonstigen der Sozialpolitik sich widmenden Körperschaften, haben daher das allergrößte Interesse daran, daß ohne Verzug eine umfassende und kräftige Wohnungsreformpolitik eingeleitet wird, die den Missetänden wenigstens einigermaßen vorzubeugen geeignet ist. Der Herbeiführung einer solchen Wohnungsreformpolitik gilt eine große Wohnungsgesetzgebung, die der Deutsche Wohnungsausschuß am 30. Oktober, abends 8 Uhr, in Berlin im „Mittelgolt“, Potsdamer Straße 3, als Vertreterversammlung der großen Organisationen und sonstigen Interessentengruppen veranstaltet. Der genannte Ausschuß stellt bekanntlich eine organische Zusammenfassung der weiten für eine kräftige Wohnungsreform eintretenden Kreise dar und ist daher zu einem solchen Eingreifen besonders berufen. Wir möchten auf diese geplante Kundgebung hiermit besonders aufmerksam gemacht haben.

Aus Unternehmerkreisen.

Die Gründung eines Verbandes sächsischer Vereinigungen selbständiger Maler und Lackierer ist am 16. September, wie in verschiedenen Zeitungen berichtet wird, in Dresden beschlossen worden. Es sollen etwa 80 bis 80 Malermeister, meist Innungsobmeister, hierbei anwesend gewesen sein. Bürgermeister Dr. Oberle hat als Referent fungiert, und als Veranlassung der Gründung die Leimversorgung und die dahinter stehende weitere Rohstoffversorgung jetzt und in der Uebergangswirtschaft bezeichnet. Die planmäßige Zuteilung der knapp bemessenen Rohstoffe an die Konsumenten könne für den Beruf nur günstig sein, wenn die im Beruf Stehenden sie in die Hand nehmen. Daher sei die Gründung einer länderlosen Berufsorganisation eine absolute Notwendigkeit. Nicht bestimme in Sachen keine Berufsorganisation, an die sich die Behörde vertrauensvoll wenden könnte. (1) Der Arbeitgeberverband sei in seinen Zielen eng begrenzt und hier nicht am Platze. Nach langer Debatte, in der auch gegen den Arbeitgeberverband polemisiert worden ist, entschloß man sich auf dringendes Anraten Dr. Oberles zu der erwähnten Gründung. Ein vorgelegter Satzungsentwurf wurde angenommen mit dem Vorbehalte, daß hierüber ein im November abzuhaltender Verbandstag entscheiden solle. Ferner ist die Herausgabe eines eigenen Verbandsorganes beschlossen und Obermeister Schirmer-Dresden zum Vorsitzenden und Redakteur gewählt worden.

Zur Frage der Lehrlingsentschädigung. Immer mehr verbreitet sich die Ansicht, daß an dem großen Mangel an Lehrlingen im Handwerk in hervorragendem Maße die geringe Entschädigung, ganz besonders, nachdem die Teuerung aller Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel eine nie geahnte Höhe erreicht hat, die Hauptschuld trägt. Das zeigt unter anderm folgende Notiz der Handwerkskammer Oldenburg, die wir der „Handwerkerzeitung für das Herzogtum Oldenburg“ vom 1. Juli dieses Jahres entnehmen:

In der letzten Sitzung unseres Vorstandes vom 9. Mai dieses Jahres wurde unter anderm zur Sprache gebracht, daß die Eltern von Lehrlingen, die bei Meistern nicht in die Hausgemeinschaft aufgenommen sind, sondern ein Kostgeld erhalten, vielfach mit den gezahlten Beiträgen nicht zufrieden seien. — Es ist hierbei festgestellt worden, daß tatsächlich das Kostgeld sehr gering bemessen ist, daß es unmöglich ist, davon den Lehrling zu befähigen. Es wurde auch erwähnt, daß in denselben Gewerben an denselben Orten, das Kostgeld vielfach von-

Der Krieg als Lehrmeister.

Das Unglück und Sorge dir bringen,
Es ist nicht vergebens,
Immer aus dunklem Grunde springen
Die Quellen des Lebens.
Fr. Bodenstedt.

Neben all den Schrecken, die der Krieg mit sich bringt, neben all den Entbehrungen, die er uns auferlegt, dürfen wir uns nicht verhehlen, daß er auch manches Gute, manches recht Nützliche zeitigt. Wenn je das Sprichwort zutrifft: „Durch Schaden wird man klug“, so ist dies in Kriegszeiten der Fall. — „Not lehrt beten“, pflegt man auch zu sagen; besser noch wäre: „Not macht erfinderisch!“ Dies zeigen auch in jeglicher Bedrängung durch die Seeherrschaft der Engländer die Abwehrmittel gegen die geplante Hungertod unseres Volkes; hier wird der Krieg für denkende Köpfe unbedingt zum Lehrmeister. Dies gilt nicht nur für die Jetztzeit, derartige zeigte sich schon in früherer Kriegszeit. So ist zum Beispiel die Kunst, aus dem Saft der Runkelrübe Zucker auszuscheiden sowie die künstliche Erzeugung des Zuckers aus Stärkemehl erst infolge der Kontinentalperre unter der Zwingherrschaft eines Napoleon zu ihrer gegenwärtigen Bedeutung gelangt.

Bereits ein halbes Jahrhundert vorher hatte ein Chemiker an der Berliner Hochschule das Vorhandensein kristallisierbaren Zuckers in der Runkelrübe nachgewiesen und auf die Wichtigkeit für die Landwirtschaft sowie auf die wirtschaftliche Bedeutung der einheimischen Zuckerverfertigung aufmerksam gemacht. Alle Bemühungen der damaligen Fachleute, eine deutsche Zuckerindustrie zu gründen, waren vergeblich; erst die gebieterische Notwendigkeit als Folge des napoleonischen Krieges gegen die Produkte der englischen Kolonien veranlaßte einheimischen Zucker. Eine mächtige Triebfeder zur Herstellung dieses Kunstproduktes war die Preissteigerung des Kolonialzuckers. Er kostete im Jahre 1805 pro Zentner 50 Gulden (M. 10); infolge der Kontinentalperre stieg der Preis schließlich auf etwa 350 Gulden; das genügte, um die „Virtue zur Reife zu bringen“.

Gleicherweise haben überall die Umstände und Verhältnisse mitgewirkt. So wie hier hat auch der jegliche Krieg zur Ausnutzung mancher längst bekannten Nahrungs- und Lebensmittelquellen geführt. Es sei hier nur an die Delgewinnung aus den verschiedensten, früher unbeachteten Sämereien, an die Ausnutzung gewisser, früher nutzlos verwerfender Baumfrüchte (Bucheckern, Kofkastanien, Eichen usw.) an die Herzgewinnung aus unsern Fichtenwäldern, an die Gewinnung des Stickstoffes aus der Luft, an die mannigfaltigen Nebenprodukte bei der Leuchtgaszerzeugung und viele andere chemischen Erfolge, erinnert.

„Ursachen und Wirkungen“, sagt man so häufig im gewöhnlichen Leben, um irgendein Vorkommnis oder eine Erscheinung zu erklären. Überall haben denn auch die Umstände und Verhältnisse mitgewirkt, um Neuerungen zu schaffen im Dienste der allgemeinen Wohlfahrt, auf dem Gebiete der Ernährung. So hat namentlich die Belagerung der Stadt Paris seinerzeit zur Einführung mancherlei Maßregeln und zur Verwendung von Materialien, die man früher als Nahrungsmittel nicht in Betracht zog, Veranlassung gegeben. Durch die Not gedrängt, erschloß der Erfindungsgeist auch hier reiche Quellen zur Versorgung der bedrängten Stadt. Der berühmte Chemiker Payen hat eine höchst interessante Denkschrift über diesen Gegenstand verfaßt; einige Mitteilungen über verschiedene sonst ungewöhnliche Nahrungsmittel dürften beachtenswert sein in jeglicher Zeit. Hierher gehört zunächst die ausgedehnte Verwendung des Pferdefleisches. Obgleich auch in Frankreich schon früher das Pferdefleisch Verwendung gefunden, so war es doch der Zeit der Belagerung und der dringenden Notwendigkeit vorbehalten, alle noch herrschenden Vorurteile der Pariser Gourmands gründlich zu zerstören. Man fand auch, daß unter den Pferden die Stuten das beste Fleisch gaben, dann die Wallachen, während die von den Hengsten erlangten Bratenstücke am geringsten bewertet wurden. Innerhalb hörte auch hier bald das „Wählen“ auf; denn man mußte bald zu noch widerwärtiger anmutendem Fleische greifen. Als eigentümliche Erfahrung hat sich hierbei ergeben, daß sich das Pferde-

fleisch vorzüglich gut zum Einfalzen eignet. Nach den Angaben Regensbergs (Kriegserlebnisse 1870/71) wurden täglich 800 Pferde für die Zivilbevölkerung, und 700 Pferde für das Militär geschlachtet. Nebenbei wurden massenhaft Matten verzehrt. Was die Verwendung der Hunde als Nahrungsmittel betrifft, so ist hierdurch ein mehrfacher Nutzen erzielt worden. Zunächst galt es hier, die Anzahl der Tiere, die für Menschen nützliche Dinge verzehren, zu beschränken; dann aber diese Tiere selbst zur Vermehrung der Nahrungsmittel heranzuziehen. Man schlachtete auch die Tiere des Jardin d'Acclimation (auf berlinerisch „Zoo“), da sein Direktor sie nicht mehr ernähren konnte. Die beiden Elefanten sollen Fr. 27 000, ebenso zwei Kameele Fr. 5000 als Schlachtpreis erzielt haben. (Regensberg.)

Auch andere Dinge, die ursprünglich dem Luxus dienen, fanden bessere Verwendung, so wurden Tausende von Pfunden des feinsten Stärkemehls, das ursprünglich für Konditoren, Bierbrauer und Vikorfabrikanten bestimmt war, um in Sirup verwandelt zu werden, zur Vermehrung der Brotmenge ausgenutzt, indem man diesem Mehl solches von Süßfrüchten beigemengt. Auch die zuckerhaltigen Nahrungsmittel: Fruchtsäfte, Konfitüren, Gelees und dergleichen, sonst für die Besucher von Bällen und sonstigen Veranstaltungen als Bederei gebräuchlich, fanden andere Verwendung; alle diese schönen Dinge dienen nun dazu, den Genus des „täglichen Brotes“ annahmbarer zu machen.

Aber auch in anderer Weise machte die Not erfinderisch; man trieb Feld- und Gartenbau, um die Ernährung zu ergängen. Zur Herbeischaffung frischer Gemüse war die fruchtbare Idee aufgetaucht, sämtliche Strecken freien Landes, zwischen der Stadt und den Festungswerken gelegen, für die Hochkultur zu benutzen, um mit Hilfe von Frühlingsaat, die durch unzählige Glasfenster geschützt werden mußte, junge Kohl- und Bichorienpflanzen zu ziehen. Schon 14 Tage nach der Aussaat war der Samen aufgegangen, und obgleich die Jahreszeit rauher war als gewöhnlich, konnte man doch auf die Frühgemüse sicher rechnen. Den ungeheuren Anstrengungen der zahlreichen Gemüsegärtner, die sich in der Umgebung von

einander abweicht. — Unser Vorstand beschloß deshalb, bei den Innungen und Handwerkervereinen anzulegen, sich in der nächsten Generalversammlung mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen und zu erwägen, ob es nicht angebracht sei, daß die Innungen und Handwerkervereine möglichst einheitlich für die Lehrlinge ihrer Mitglieder das Kostgeld festsetzen. — Die jetzigen hohen Preise für die Lebensmittel lassen es unferes Erachtens für angezeigt erscheinen, das Kostgeld zu erhöhen. Der Name „Kostgeld“ sagt ja schon, daß es ein Entgelt dafür sein soll, daß der Lehrling nicht, wie es früher üblich war, von dem Meister belästigt wird, sondern von seinen Eltern. Diese können mit den Beträgen, die im Frieden gezahlt wurden, nicht auskommen. Es hat dies zu Mißbilligungen Anlaß gegeben und in manchen Fällen auch zum unbefugten Verlassen der Lehre seitens der Lehrlinge geführt. Eine glückliche Einigung zwischen Lehrmeister und Eltern der Lehrlinge über diese Frage erscheint uns das Beste zu sein. Innungen und Handwerkervereine können aber auch durch Anregungen in dieser Beziehung Gutes stiften. Wir hoffen, daß sie es tun werden.

Bewerkschaftliches.

Keine Verhandlung über eine neue Steuerzulage im Baugewerbe. In der vorigen Nummer konnten wir berichten, daß der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe es abgelehnt hat, in eine Unterhandlung über eine neue Steuerzulage mit den drei beteiligten Vorständen der Bauarbeiterorganisationen einzutreten. Daraufhin haben die Vorstände sich zwecks Vermittlung wieder an das Reichsamt des Innern gewandt, dessen Vertreter bei den letzten Verhandlungen anerkannt hatte, daß es nicht kassierbar sei, wenn sich die Zentralvorstände der Arbeiterorganisationen bei einer weiteren Zunahme der Steuer noch vor Ablauf des Tarifvertrages beim Arbeitgeberbund oder beim Reichsamt des Innern um die Erhöhung der Steuerzulage bemühen würden. Nun ist bei dem Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes folgende vom 5. Oktober datierte Antwort eingegangen:

„Der Vorsitzende des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, Architekt Behrens, hat mir in einer Unterredung, zu der er sich kürzlich — und zwar schon vor Eingang Ihres Schreibens — mit dem Generalsekretär Dr. Froehner hier eingefunden hatte, mitgeteilt, in einer Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses des Arbeitgeberbundes, die nach Eingang des Schreibens der Arbeiterverbände vom 6. September d. J. stattgefunden habe, sei die Bewilligung einer weiteren Steuerzulage einstimmig abgelehnt worden. Er habe deshalb den Arbeiterverbänden mitgeteilt, daß er unmittelbare Verhandlungen des Arbeitgeberbundes mit ihnen als zwecklos ablehnen müsse. Auch Verhandlungen unter Leitung des Reichsamts des Innern hätte er nach der Stimmung unter den Mitgliedern des Arbeitgeberbundes und der Stellungnahme seines geschäftsführenden Ausschusses für völlig aussichtslos, und würde dies, falls das Reichsamt des Innern zu solchen Verhandlungen einladen sollte, auch von vornherein erklären müssen. Unter diesen Umständen sehe ich mich zu meinem Bedauern zurzeit nicht in der Lage, zu einer gemeinsamen Verhandlung der Parteien über eine neue Steuerzulage einzuladen.“

Den Zentralverbänden der Zimmerer und der christlichen Bauarbeiter bitte ich, hiervon Kenntnis zu geben.
Dr. Caspar,
Ministerialdirektor, Wirklicher Geheimer Rat.“

Danach versucht also der Arbeitgeberbund, eine weitere Steuerzulage an die Arbeiter des Baugewerbes unter allen Umständen zu verhindern. Ob er wirklich glaubt, die Arbeiter damit befriedigen zu können, daß er sich der Notwendigkeit kurzerhand verschließt, die Lage der Arbeiter so zu gestalten, wie es die Umstände erfordern? Jedenfalls wird dieser Standpunkt, der auch nicht den geringsten Hauch

sozialer Einsicht aufzuweisen hat, die Verbilligung der Arbeiter über die Steuerung nur noch steigern und die Arbeitsfreudigkeit lähmen. Die Verantwortung dafür hat der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe zu übernehmen. Wie der „Grundstein“ mitteilt, werden die Verbandsvorstände sich in den nächsten Tagen mit der durch die Weltung des Arbeitgeberbundes geschaffenen Sachlage beschäftigen.

Einen außerordentlichen Verbandstag beruft der Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes zum 17. Dezember dieses Jahres nach Hannover ein. Die wichtigsten Punkte der Tagesordnung betreffen die Lage des Verbandes und seine Aufgaben und Statutenberatung. — Eine Verbandskonferenz in Hannover, die am 9. und 10. Oktober abgehalten wurde, nahm außer anderen wichtigen Fragen auch zu der Frage Stellung, mit welcher sich der Verbandstag beschäftigen soll. So sollen die Beiträge und das Unterstützungsweisen einer den Zeitverhältnissen entsprechenden Umgestaltung unterzogen werden. Nach eingehender Beratung wurde der Vorstand beauftragt, auf der von der Konferenz beratenen Grundlage und unter Berücksichtigung des vorgelegten Materials eine Vorlage auszuarbeiten und diese möglichst bald im Verbandsorgan zu veröffentlichen, damit sie in den Mitgliederversammlungen besprochen werden kann. Die Beitragsstufen sollen von 80 % bis 80 % pro Woche gehen, die Staffelung der Unterstützungen soll sich an den vorgelegten Entwurf anlehnen.

Eine Urabstimmung im Buchbinderverband zur Entscheidung über die notwendige Erhöhung der Verbandsbeiträge und der Unterstützungen wird vom Hauptvorstand auf den 8. Dezember d. J. festgesetzt. Eine Vorlage für die Urabstimmung wird von ihm und einer eingesetzten Kommission nach erfolgter Beratung Ende Oktober in der „Buchbinderzeitung“ bekanntgegeben.

Die Gewerkschafter im Großen Hauptquartier. Von dem Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften wird uns mitgeteilt:

In den letzten Wochen wurden von mehreren Stellvertretenden Generalkommandos Verordnungen erlassen, die geeignet sind, die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen einzuschränken und zum Teil völlig lahmzulegen. Diese Verordnungen gaben Veranlassung zu einer Eingabe an den Reichsanwalt, zu Verhandlungen mit ihm und zu der Interpellation, die am 10./11. Oktober im Reichstage verhandelt worden ist.

Da von der Obersten Heeresleitung immer wieder darauf gedrängt worden ist, die Produktion für den Heeresbedarf Deutschlands zu erhöhen, während diese Verordnungen geeignet sind, die Produktivität einzuschränken, so stellen die Gewerkschaften es für zweckmäßig, ihre Bedenken gegen solche Maßnahmen der stellvertretenden Generalkommandos dem Großen Hauptquartier vorzulegen.

Nachdem Vertreter der christlichen und kirchlich-dunkerschen Gewerkschaften zur Besprechung der gleichen Angelegenheit im Großen Hauptquartier empfangen worden sind, haben am 12. dieses Monats die beiden Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Legten und Bauer, gleichfalls die Beschwerden der Gewerkschaftsorganisationen im Großen Hauptquartier vorgetragen.

Nach einem kurzen Begrüßungsempfang durch den Generalleutnant v. Hindenburg fand eine lange Verhandlung mit dem Generalquartiermeister Lubendorf statt. In dieser sind von den Gewerkschaftsvertretern in sachlicher Weise die Bedenken gegen die Verordnungen vorgebracht und ist auf die Minderwirkung, die sie auf die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiterschaft ausüben müssen, aufmerksam gemacht worden. Auf die Bemerkung, daß diese Verordnungen auf die Einwirkung des Großen Hauptquartiers zurückzuführen seien, erklärte Czjellens Lubendorf, daß dies durchaus nicht der Fall sei. Im Gegenteil, das Große Hauptquartier anerkennt die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen und habe den Wunsch, daß deren Arbeit ungehindert fortgesetzt wird. Auf der anderen Seite aber müsse man auch von der Arbeiterschaft erwarten,

daß sie die schwere Zeit, die Deutschland in seiner Verteidigung gegenwärtig durchzumachen hat, zu würdigen verstehe, und ihrerseits alles tue, um das, was das Heer braucht, mit Einsatz aller Kräfte herzustellen.

Die Verhandlungen dürften den Erfolg haben, daß eine baldige Abstellung der berechtigten Beschwerden der Arbeiterschaft herbeigeführt wird. Es ist daher dringend zu wünschen, daß die Arbeiterschaft auch dann, wenn sie Anlaß hat, durch Arbeitsentlassung den Widerstand und das unsoziale Verhalten der Unternehmer zu überwinden, seine unüberlegten Schritte tut, sondern zunächst die Mithilfe der Gewerkschaften und der durch das Hilfsdienstgesetz eingerichteten Instanzen in Anspruch nimmt. Jede Unterbrechung der Arbeitsfähigkeit in der Rüstungsindustrie ist geeignet, die Widerstandskraft unserer an den Fronten stehenden Söhne zu vermindern.

Die deutschen Gewerkschaften nach drei Kriegsjahren.

Ueber den Transportarbeiterverband während der Kriegszeit wird von H. D r e c h e r, Berlin, unter anderm berichtet:

Säher als in allen andern gewerkschaftlichen Organisationen war die Zahl der Mitglieder des Transportarbeiterverbandes, die sofort zu den Fahnen eilen mußten. Die Arbeiter im Verkehrsgewerbe sind fast nur gediente Soldaten und die Seeleute Angehörige der Marine. Mehr als 7000 Seeleute wurden, weil zurzeit im Ausland befindlich, von jedem Verkehr mit ihrer Organisation gänzlich abgeschnitten. So schmolz dann die Mitgliederzahl des Verbandes von 229 427 am Schlusse des Jahres 1913 auf 123 000 am Ende 1914 zurück. Weitere militärische Einzulehungen verminderten den Mitgliederbestand auf 71 782 am Jahresende 1915, und endlich, am Schlusse 1916, sank er auf 58 507. Damit war aber auch der Tiefstand erreicht. Seit Beginn des Jahres 1917 befindet sich die Mitgliederzahl erpöcklicherweise wieder in langsamem Aufstieg. Zwar brachten auch die Jahre 1915 und 1916 16 283 respektive 15 592 Neuaufnahmen, diese Zahl war aber zu gering, um die durch die militärischen Einzulehungen entstandenen Lücken auszufüllen. Konform der Verminderung der Mitgliederzahl ging auch die Verminderung der Beitragsleistung. Die Gestaltung der Finanzen des Verbandes ist trotzdem den Umständen angepaßt günstig zu nennen. Der Kassenbestand des Verbandes hat während der Kriegsdauer eine nur ganz geringe Minderung erfahren, er betrug am 31. Dezember 1916 $\text{M} 1 058 861$ und am 31. Dezember 1916 $\text{M} 1 068 595$. Diese verhältnismäßig günstige Finanzlage erlaube es, die zu Kriegsbeginn eingekallte Kranken- und Todesfallunterstützung zum erheblichen Teile wieder einzuführen.

Die Ausgaben für Lohnbewegungen und Streiks waren während der Kriegsdauer auf ein Minimum zusammengeschrumpft, woraus aber nicht zu schließen ist, daß die Tätigkeit des Verbandes auf dem Gebiete des Lohnkampfes etwa Einschränkungen erlitten hätte. Ganz im Gegenteil, es ist in dieser Beziehung zugunsten der Mitglieder mehr getan und auch mehr erzielt worden als je vorher.

Für den einzelnen, an den Lohnbewegungen beteiligten Arbeiter ergibt sich eine Lohnerhöhung im Durchschnitt von $\text{M} 158,20$ im Jahre 1915 und von $\text{M} 200,80$ im Jahre 1916. Die diesbezüglichen Ergebnisse des Jahres 1917 überschritten schon Ende August die Erfolge des Jahres 1916 ganz erheblich. Mehr als je gelang es auch bei den Lohnbewegungen, andere Forderungen durchzusetzen, als da sind: Bezahlung von Überstunden und Nachtarbeit usw.

Es gelang dem Transportarbeiterverbande ferner, nicht nur alle seine in Friedenszeiten abgeschlossenen Tarifverträge aufrechtzuerhalten oder zu erneuern, sondern auch in 568 Betrieben für 6027 Personen solche neu abzuschließen. Mit den Unternehmern der Großschiffahrt ist eine Verständigung dahingehend erzielt, daß die geschlossenen Tarifverträge bis zu einem Jahre über den Friedensschluß mit Großbritannien weiterlaufen und beide Parteien, Arbeitgeber und -nehmer, in dieser Zeit sich zu neuen Verhandlungen verpflichten. Die gewerkschaftliche Organisation ist damit offiziell seitens der Großschiffahrtsgesellschaften als Vertreterin der Interessen aller in und bei der Schiffahrt arbeitenden Personen anerkannt. Große Erfolge konnten auch während der Kriegszeit bei Lohnbewegungen in Straßenbahnbetrieben erzielt werden. Obwohl hier Fünftel des alten Personals dieser Betriebe heute im Felde stehen, ist die Zahl der gegenwärtig organisierten Straßenbahner und Straßenbahnerinnen doch wesentlich höher als in den letzten Friedensmonaten. Das weibliche Besatzpersonal hat sich fast durchweg organisationsfreudig gezeigt. Die Arbeitsnachweise des Verbandes konnten während der Kriegszeit den an sie seitens der Arbeitgeber gestellten Anforderungen nirgends voll genügen — bitterer Arbeitermangel hat die Unternehmer gelehrt, ihre Scheu vor der Benutzung des gewerkschaftlichen Arbeitsnachweises gründlich zu überwinden. Zur Unterbringung der Kriegsverletzten sind mit den Unternehmerverbänden Arbeitsgemeinschaften errichtet worden, die ihre für die Kriegsinvaliden segensreiche Tätigkeit bereits weitgehend ausüben.

So hat der Deutsche Transportarbeiterverband in der schweren Zeit des Krieges auf allen gewerkschaftlichen Gebieten nachdrücklich für seine Mitglieder gewirkt und ist gegenwärtig lebhaft an der Arbeit, für die Heimkehr seiner Angehörigen aus dem Felde Vorjorge zu treffen, um mit diesen gemeinsam dann die Organisation wieder zur alten Höhe und Kraft emporzuführen.

Sozialpolitisches.

Die Nation der geistigen Schwerarbeiter. Der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen hatte sich in einer Eingabe an das Kriegsernährungsamt dafür eingeleitet, daß auch solche Personen einer Nahrungsmittelzulage teilhaft würden, die eine geistig besonders anstrengende Tätigkeit ausüben. Diese Eingabe ist jetzt vom Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes abschlägig beschieden worden. Zur Begründung dieses Bescheides wird angeführt, daß zurzeit jedermann schwerer arbeiten müsse als in friedlichen Zeiten, und daß eben deshalb derjenige, der schon unter normalen Verhältnissen seiner schweren Arbeit wegen mehr Nahrung zu sich nahm

Paris niedergelassen hatten, war es zu verdanken, daß bis zu der Zeit, da der ausnahmsweise kalte Winter eintrat, es nicht an frischer Pflanzennahrung fehlte. Noch nie hatte man zu dieser Jahreszeit eine solche Menge von Lebensmitteln dieser Art gesehen. Es gab Rohl, Rosenkohl, Sellerie, Blumenkohl, und besonders viel gelbe, rote und weiße Rüben, die ursprünglich für die Milchkuhe bestimmt waren. Der größte Teil dieses Futtermittels konnte später, als die Zahl der Kühe bedenklich herabgegangen war, als Nahrungsmittel für Menschen Verwendung finden. Die nützliche Zuckerrübe leistete hier ganz neue Dienste; denn nicht allein der Stilkstoff, sondern auch die Stückerde und salzhaltigen Bestandteile wurden verwertet. Die Zubereitung der Rüben für diesen Zweck ist sehr einfach. Der Bäcker läßt sie im Ofen baden, nachdem das Brot herausgenommen, dann werden sie in dünne Scheiben geschnitten, um sie andern Speisen beizumischen, namentlich den Gemüsen, die durch ihren würzigen Geschmack den faden Geschmack der Rüben verdecken.

Die Belagerung von Paris hat gewiß eine große Umwälzung im Haushalt der von allem Außenverkehr abgeschnittenen Bevölkerung hervorgerufen; immerhin lagen die Dinge dort anders, als sie jetzt bei uns liegen. Zunächst hatte die Kriegsverwaltung für den Fall der gänzlichen Einschließung große Vorräte getroffen. Nach den Aufzeichnungen von Regenberg hatte die Bevölkerung von besagter Verwaltung erhalten: 210 000 Zentner Mehl, ebenso 77 180 Zentner Getreide für die Zeit vom 12. August bis zum 19. September. Bis zum 6. September wurden nach Paris geschafft: 40 000 Ochsen, 6000 Schweine, 250 000 Hammel. Vom 28. September an kaufte man noch täglich 500 Ochsen, sowie 4000 Hammel, trotzdem mußte schon zu Ende des Oktober das Pferdefleisch erhalten; täglich bis zu 200 Stüd. Mit zunehmender Erschöpfung der Vorräte stiegen dann allerdings die Lebensmittelpreise, so daß schließlich ein Scheffel Kartoffeln Fr. 25 (1 Fr. = 80 %) kostete. Für ein Ei bezahlte man bis zu Fr. 2. Die Butter kostete per Pfund Fr. 25 bis 30; als Ersatz diente das „wochenmar“ der geschlachteten Pferde, das unter dem Namen „Pariser Butter“ namentlich zur

Bereitung von Speisen vorteilhaft benutzt wurde. Auch hier trat der „Krieg als Lehrmeister“ wieder in sein natürliches Recht.

Vergessen darf hier eben nicht werden, daß zwischen einer örtlichen Belagerung und der Abperrung eines großen Landes von seinen sonstigen Hilfsquellen ein wesentlicher Unterschied besteht. In einer durch Belagerung eng eingeschlossenen Stadt verringern sich die Nahrungsmittel trotz aller Ersparnismaßnahmen kluger Köpfe von Tag zu Tag; sie steigen ins Unermessliche, wie aus obigem ersichtbar. Während danach in Paris fabelhafte Preise für Lebensmittel gezahlt wurden, machte sich im übrigen Kriegsgebiet eine besondere Teuerung nicht fühlbar. Im Lande selbst herrschten erträgliche Lebensmittelpreise; im Januar 1871 kaufte ich in Le Mans $\frac{1}{2}$ kg Rindfleisch für 14 Sous (1 Sous gleich 4 $\frac{1}{2}$), Schweinefleisch kostete das gleiche Gewicht sogar nur 12 Sous, ein Schweinekopfe wurde nach dem Gewicht verkauft, das französische Pfund mit 6 Sous berechnet. Mein Quartierwirt kaufte eine Milchkuh und erzählte mir, daß er sie mit 100 Frank erstanden habe.

Das sind gewiß keine Kriegspreise, wenn man Vergleiche zieht mit unsern Bucherpreisen. Wenn bei uns, obgleich reichlich Nahrungsmittel im Lande erzeugt werden, die Preise ins fabelhafte steigen, so muß zugegeben werden, daß auch für die Erzeuger und Händler der Lebensmittel der Krieg lehrreich geworden bezüglich des alten mancherlei Wahl-spruches: „Verechert Euch!“ Demgegenüber sollte jeder, auch der bescheidenste und der ärmste Mann, die Lehre ziehen, daß auch selbst der geringste Mensch, der Tagelöhner und der Lohnarbeiter, der Besessene so gut wie der reiche Großhändler und Fabrikbesitzer Blicken gegen sich und seine Familie hat; daß er daraufhin Bedacht nimmt, sich zu bereichern, wenn auch im andern Sinne wie die Lebensmittelwucherer. Es sollte jeden die Erinnerung an die Kriegszeit dazu treiben, seine Fähigkeiten im Lebenskampfe zu entwickeln, dann sind die Lehren, die der Krieg gab, auch für ihn nicht vergebens. h.

als der Durchschnittsmensch, auch jetzt eine erhöhte Nation erhalten müsse. Der Kreis der geistig schwer Arbeitenden sei aber zweifellos nicht nur schwer zu unterschreiben, sondern er sei sicher auch so groß, daß eine erhöhte Veleferung mit Nahrungsmitteln nicht möglich wäre, ohne daß eine starke Kürzung der allgemeinen Grundportion einträte, so daß letzten Endes alles beim alten bliebe. — Ebenso ist die Eingabe der Beamten und Angestellten, sie bei der Gewährung von Nahrungsmittelzulagen mit den Arbeitern gleichzustellen, vom Kriegsernährungsamt abgelehnt worden. In dem angegebenen Bescheid wird ausgeführt:

„Wünsche, neben den körperlich Schwerarbeitenden auch solchen Persönlichkeiten eine besondere Zulage zukommen zu lassen, welche eine geistig besonders anstrengende Tätigkeit haben, sind von den verschiedensten Seiten laut geworden. Zu meinem Bedauern habe ich alle Anträge abschlägig bescheiden müssen. Die Verhältnisse bei uns liegen zurzeit so, daß die Gesamtbevölkerung mit ihrer Arbeitskraft — möge sie nun in einer körperlichen oder geistigen bestehen — in ungleich höherem Maße in Anspruch genommen ist als in Friedenszeiten. Diese Inanspruchnahme würde es zweifellos wünschenswert erscheinen lassen, eine ausgiebigere Verpflegung aufzunehmen als früher. Die vorhandenen Lebensmittelbestände setzen eine Grenze; sie bestimmen die Höhe der Grundportion, welche der Allgemeinheit geliefert werden kann. Ebenso wie in Friedenszeiten der schwere körperliche Arbeit verrichtende Mann größere Nahrungsmittelmengen in sich aufnimmt, so muß ihm bei der gesteigerten Kriegsarbeit im Gegensatz zur übrigen Bevölkerung ebenfalls ein Zuschuß gewährt werden. Auch bei der Bemessung der Höhe dieser Zulagen und der Festlegung des Kreises der Zulageberechtigten war der Bestand maßgebend. Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß bei einer schematischen Regelung auch Persönlichkeiten zeitweilig einer Zulage teilhaftig werden können, die vermöge der Schwere der Arbeit ihrer nicht so notwendig bedürfen als andere körperlich aber auch viele geistig Arbeitende. Das sind Ungleichheiten, die sich nicht immer vermeiden lassen. Unsere Bestände lassen die Weiterfassung des Kreises der Zulageberechtigten nicht zu, ohne daß damit die Grundportion entsprechend stark gekürzt würde. Dieser Gesichtspunkt macht es unmöglich — ganz abgesehen davon, daß eine Begriffsbestimmung des geistigen Schwerarbeiters als undurchführbar anzusehen ist —, dem dortigen Wünsche Rechnung zu tragen. Die Zahl der geistig angestrengt Arbeitenden ist zudem — sowohl männlich wie weiblich — eine so große, daß die Gewährung einer Zulage einfach durch die dann notwendige Kürzung der Grundportion ausgeglichen würde.“

Technische Leistungen der Papierindustrie. Zu den mannigfachen „Ersatzindustrien“, die während des Krieges entstanden sind oder sich aus kleinen Anfängen zu erheblicher Bedeutung entwickelten, gehört nicht zuletzt die Papierstoffindustrie. Die Leistungen der Papiergarn- und Papiergewebefabriken einer großen Oeffentlichkeit vorzuführen, war der Zweck einer Papierstoffmesse in Breslau, die ihre Aufgabe wohl auch voll erfüllt haben dürfte; denn eine Fülle merkwürdiger Urteile ist in der Tages- und Fachpresse über die vielen Erzeugnisse erschienen, von denen man sich bis vor kurzem nicht träumen ließ, daß sie aus Papier hergestellt werden könnten. Vor allem kommt die Verwendung der Papiergewebe als Ersatz von Stoffen in Frage, die wir wirklich notwendig brauchen, deren Erzeugung aus den früher dazu verwendeten Materialien aber unmöglich geworden ist. Es bedarf nur des Hinweises auf die Erschwerung oder Unterbindung der Einfuhr von Baumwolle und Jute, um die Richtlinien zu finden. Aber die schon erwähnten bewundernden Schilderungen, die über die Vielseitigkeit in der Verwendung von Papierstoffen aller Art vorliegen, lassen erkennen, daß gegen die Wege der neuen Papierstoffindustrie während der Kriegszeit doch Bedenken erhoben werden müssen. Mit einer Betätigung, die sich nicht nur darauf erstreckt, die erforderlichen Bedarfsgegenstände, sondern in einem zum mindesten nicht geringeren Maße Zugartikel herzustellen, sind Veränderungen in dem Betrieb wichtiger papierverbrauchender Gewerbe verbunden, deren Tragweite eine schnelle und gründliche Regelung des Zellstoffverbrauches zur Herstellung von Papiergarnen und -geweben notwendig macht. Die wirtschaftlich und politisch so belangreiche Papiernot, unter der die Zeitungen und Zeitdrucken leiden, hätte ihren Umfang nie anzunehmen brauchen, wenn zwischen der Verwendung des Zellstoffes für Druckpapier und für Papiergewebe der gebotene Ausgleich geschaffen worden wäre. Ein solcher Ausgleich hätte langst eintreten müssen; denn die Begrenzung der Preise für Druckpapier mußte den Verbrauch von Zellstoff für die Fabrikation von Papiergeweben um so eher erhöhen, da sich dabei für die Papierfabriken eine wesentlich höhere Rentabilität ergibt. Bekanntlich sind für eine große Reihe wichtiger Materialien Verwendungsbegrenzungen und Verwendungsverbote in der Praxis unserer Kriegswirtschaft von Anfang an üblich gewesen.

Genossenschaftliches.

Der Verband öffentlicher Lebensversicherungsanstalten. Die Gründung des vielgenannten verschlossenen ostpreussischen Generallandwirtschaftsvereins Kapp, führt seinen Betrieb mit Inanspruchnahme öffentlicher Gelder vorläufig noch weiter. Nach dem Jahresbericht über das Geschäftsjahr 1916 waren dem Verbands zehn Provinzialanstalten angeschlossen; der Verband selbst erstreckte seine Tätigkeit mit Ausnahme von Württemberg auf alle deutschen Provinzen, in denen Einzelanstalten noch nicht errichtet waren. Bei sämtlichen Provinzialanstalten wurden im Jahre 1916 37 760 neue Versicherungen abgeschlossen, darunter 35 660 Volksversicherungen mit M. 9 857 909 Versicherungssumme. Der Versicherungsbestand dieser Anstalten betrug Ende des Jahres 1916 104 150 Versicherungen, darunter 87 182 Volksversicherungen mit M. 32 739 370 Versicherungssumme. Der Verband

selber hat in seinem unmittelbaren Betriebe 11 744 Versicherungen abgeschlossen, darunter 11 508 Volksversicherungen mit M. 2 787 201 Versicherungssumme.

Nicht unglücklich, ja geradezu gefährlich war das finanzielle Ergebnis auch in diesem Jahre. Bei dem unmittelbaren Betriebe ergab sich bei der großen Lebensversicherung ein Defizit von M. 201 880,88. Der Prämienentnahme von M. 348 791 stehen an Verwaltungskosten M. 286 885 gegenüber; davon betragen allein die Gehälter M. 208 888. Bei der kleinen Lebensversicherung beträgt das entstandene Defizit M. 45 767. Bei dem mittelbaren Betriebe beider Versicherungsarten wird ein Ueberschuß von M. 9120,55 berechnet, so daß der Gesamtbetrieb für das Jahr 1916 mit einem Defizit von M. 828 027,04 zu rechnen hat. Dazu kommt noch ein Verlustertrag von M. 274 678 aus dem Jahre 1915, so daß für die Jahre 1915 und 1916 ein Gesamtverlust von M. 602 702,75 zu beklagen ist.

Da aus dem Geschäftselbst Mittel zur Herabdrückung dieser Verluste nicht flüssig zu machen waren, mußte Herr Kapp anderweitig Hilfe schaffen. Das gelang ihm. Die „Stiftungs-Vereine“, das heißt die Provinziallandwirtschaften, bewilligten aus den ihnen zur Verwaltung anvertrauten öffentlichen Geldern für das Jahr 1916 M. 150 000 und versprachen für das Jahr 1917 wieder M. 150 000 zur Verminderung dieser Defizite.

Der Betrieb dieser Anstalten kann demnach, wenn das Stammkapital nicht aufgehört werden soll, nur durch die Unterstützung durch öffentliche Mittel weitergeführt werden. Herr Kapp hatte jedoch allen Grund, seiner Gründung jede gemeinnützige Konkurrenz vom Hals zu halten. Wenn die öffentlich-rechtlichen Anstalten, wie alle übrigen Versicherungsgesellschaften, der Kontrolle des kaiserlichen Aufsichtsamts für Privatversicherung unterstellt wären, könnten die Versicherten ruhiger der Zukunft entgegensehen. Jetzt unterstehen diese Anstalten nur der Aufsicht der preussischen Behörden, und das — ist ihr Glück!

Vom Ausland.

Schweden. Von unserm schwedischen Bruderverband wird uns berichtet: Die Schwierigkeiten in unserm Beruf sind besonders groß: auf der einen Seite der ungeheure Mangel an Materialien, andererseits gewaltig aufgetriebene Preise für die nötigsten Bedarfsartikel. Die größte Schwierigkeit bereitet der Mangel an Weind. Ende des Jahres 1916 wurden dessen zugängliche Vorräte vom Staate mit Beschlag belegt und besondere Vereine für Rohmaterialien gegründet, um das Weindöl zu verteilen. Der Preis war zuerst pro Kilo Kr. 2,50, danach ist er auf Kr. 8,25 gestiegen. Jetzt sind aber diese Vorräte aufgebraucht, und unser Beruf ist darauf angewiesen, von den Wucherern, die trotz alledem Del besitzen, seine notwendigen Vorräte einzukaufen. Hier bewegen sich die Preise zwischen Kr. 7 bis Kr. 10 pro Kilo. Derartige Preise haben naturgemäß zur Folge, daß nur solche Arbeiten ausgeführt werden, die unbedingt notwendig sind. Die Arbeitslosigkeit war deshalb während dieses Jahres besonders groß, und noch jetzt sind in verschiedenen Orten viele Kollegen arbeitslos. Der Staat und die Gemeinden zahlten unter gewissen Voraussetzungen Unterstühtungen.

Die Mitgliederzahl des Verbandes konnte trotz aller Schwierigkeiten aufrechterhalten werden. Das ganze Jahr ist von Vertrags- und Lohnbewegungen erfüllt gewesen. In der Regel sind überall Feuerungszulagen zuerkannt; aber die Höhe derselben ist nicht zufriedenstellend. Der höchste Betrag beläuft sich auf 20 Öere pro Stunde.

Sämtliche Verträge mit den Arbeitgebern laufen am 1. April 1918 ab, wenn ernsthafte Versuche zur Verbesserung unserer Lohnbedingungen gemacht werden sollen, da diese gegenwärtig ganz unbefriedigend sind. Die wichtigsten Gebrauchsartikel sind um etwa 75 pSt. seit Juli 1914 gestiegen. Dies gilt besonders von Lebensmitteln, Lichtstoff und Brennmaterial, während durch die Gesehgebung verhindert ist, daß die Miete über eine gewisse Grenze steigt.

Die Arbeitslosigkeit in den drei skandinavischen Ländern macht sich bereits sehr fühlbar. Da eine Besserung in den Zufuhren von Rohstoffen für die nächste Zeit nicht zu erwarten ist, dürfte die Anzahl von Betrieben, die wegen Mangels an solchen Stoffen und Brennmaterial gänzlich oder teilweise schließen müssen, in der nächsten Zeit eine ziemlich bedeutende sein. Die Erwerbsmöglichkeiten für eine große Zahl skandinavischer Arbeiter scheinen daher in diesem Herbst und Winter sehr gering zu werden. Zu Englands Maßnahmen, zur Verhinderung der Zufuhr von notwendigen Rohwaren, ist nun auch nach Amerika hinzugekommen, das darauf auszugehen scheint, den paar übriggebliebenen Neutralen Europas das Leben so hart wie möglich zu gestalten. Unter dem Vorwand, eine eventuelle Veleferung Deutschlands durch die Neutralen gänzlich verhindern zu wollen, greift es von Tag zu Tag zu immer schärferen Mitteln, um diese Völker zu Inebeln. Das ist der bekannte „Schuß“, den diese angeblich „demokratischen“ Länder den kleinen und schwachen Völkern angebeihen lassen.

Von den größeren Industrien, die in Skandinavien seit längerer Zeit am meisten zu leiden haben, sind unter anderem die Textilindustrie in Schweden und Dänemark, die Konfervenindustrie in Norwegen (wegen Mangels an Mehl), die Margarine-Industrie aller drei Länder, die Sägewerk-Industrie Schwedens (Mangel an Schmieröl) und mehrere Zweige der Metallindustrie, die auf Kupfer, Nickel, Zinn angewiesen sind. Es kommen noch viele kleinere und größere Betriebe der verschiedensten Industrien der drei Länder hinzu, die allmählich lahmgelegt werden müssen.

Fachliteratur.

In dritter, völlig umgearbeiteter Auflage ist soeben erschienen: **Neue Grundriechen** für Anstreicharbeiten aller Art von Paul Jäger, Stuttgart. Ein Hand- und Nachschlagebuch zum Gebrauch für Architekten und Baubehörden, sowie für Maler und Tüncher.

Preis M. 2. Bei dem großen Mangel an Del wird allen Interessenten das vorliegende, empfehlenswerte, mit großer Sachkenntnis bearbeitete Buch ein willkommenes Ratgeber sein. Aus dem reichen Inhalt heben wir besonders folgende Abschnitte hervor: Einführung in die neue Grundriechtechnik — Ueber das Schleifen — Vorbehandlung des Holzes — Aufrauben — Aufquellen — Vom Grundriech — Feilhölen und seine Nachteile — Grundanstriche auf Holz und Putz — Vom Materialverbrauch und der Kostenberechnung — Das Porenfüllen — Del- und Gipsanstriche — Deckkraft — Wasserfeste Anstriche — Vasterte Deckflächen — Das Kronen-Grundverfahren — Naturlackierungen auf Holz — Glanzlackierungen — Glanzlackierungen durch einmalige Lackierung — Mattlackierungen — Wasserfeste Mattierung — Wasserdichte Deckflächen — Die wasserdichtesten Weichlackierungen — Weichlackierungen auf rotem Untergrund — Selbstglanzlackierungen — Rostschutzanstriche — Isolierung alten Rostes — Salzsäurehaltiger Grund — Dichtende Zwischenschichten — Behandlung alter Anstriche — Klebende Anstriche und ihre Härtung — Klebende Fenster- und Türsalze, ihre Verhütung und Beseitigung — Isolierung von Anilinröten — Isolieranstriche auf Leer, Karbolinum, berräucherten und besetzten Deden, Kist-, Fett- und Schmutzflächen, Wasseränderer — Isolierung von Mattladen — Weichlackierungen auf Wachsmattladen ohne Abbeizen — Wiederherstellung rissiger Anstriche ohne Abbeizen — Mischfolge — Anleitungen und Vorschriften bei Vergebung und Ausführung von Anstreicharbeiten aller Art.

Literarisches.

„Die Glocke“, Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Parvus (Verlag für Sozialwissenschaft, S. m. b. H., Berlin SW 68). Erschienen ist Heft 29. Einzelhefte 30 M., vierteljährlich M. 8,50 bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Julian Borchardt, **Friede, Freiheit, Brot und parlamentarische System.** 16 Seiten. Preis 40 M. Verlag von Fr. Wihl, Grunow in Leipzig. Der Verfasser wirt in dieser Schrift die Frage auf, welche Vorteile bei der von den Demokraten des Reichstags so eifrig geforderten „Demokratisierung“ unseres Verfassungslebens für das Volk herauspringen können. Er kommt zu dem Ergebnis, daß eine Verbesserung des Wahlrechts, sei sie nun eine tatsächliche oder nur angebliche, für die Interessen der Volksmassen ziemlich unerheblich wäre, weil das Parlament nur für die Bourgeoisie, aber nicht für die Arbeiterklasse eine unmittelbare wirksame politische Waffe sei. Für den Sozialismus habe das Parlament nur den Wert der Propaganda durch Reden. Auch das sogenannte „parlamentarische System“, das die Zusammenfassung der Regierung in die Hände des Reichstags legen soll, sei für die Masse des Volkes gleichgültig. Zum Schluß weist er darauf hin, daß auch die amerikanische, die englische, die französische Regierung nicht den Willen ihrer Völker, sondern nur den Willen der Kapitalistenklassen ihrer Länder repräsentieren, und daß keine Regierungsform eine volle Garantie für die Einhaltung von Verträgen biete. — Dieser Standpunkt ist ein vollständig verkehrter und wird von der Masse des deutschen Volkes nie geteilt werden. Nur durch weitgehendste Benutzung der parlamentarischen Körperschaften und das Streben der Arbeiterschaft, dort durch ihre Vertreter ein kräftiger Machtfaktor zu werden, können politische Rechte errungen werden.

Sterbetafel.

Stln. Am 10. September starb unser Kollege Franz Gottward im Alter von 80 Jahren.
Dresden. Am 1. Oktober starb unser langjähriges, treues Mitglied Otto Priz im Alter von 67 Jahren.
Wiesbaden. Am 2. Juli starb der Kollege Karl Wiesenborn, geboren am 30. März 1869 in Nordenstadt, an Knochenuberulose. — Am 1. August starb der Kollege Michael Heinrich, geboren am 28. September 1866 in Würzburg, im Gtaupengebiet, an Herzschlag. — Am 16. August starb der Kollege Karl Kresch, geboren am 4. Oktober 1861 in Dohheim, an Herzschlag.
Ehre ihrem Andenken!

Vereinstell.

Bericht der Hauptklasse vom 15. bis 20. Oktober.
Eingekandt haben: Hoyerwerda M. 11,60; Rostock 65,92; Fürstenwalde 10,86; Cassel 300; Düren 110; Stln 500; Bochum 50; Elberfeld 150; Hagen 50; Dessau 100; Schweinfurt 25; Heilbronn 58,08; Hirschberg 30; Köslin 90; Danzig 150; Reddinghausen 4.

Die Woche vom 28. Oktober bis 3. November ist die 44. Beitragswoche. P. Wentker, Kasseler.

Bekanntmachung der Expedition.

Der Papierknappheit wegen, auch in Rücksicht auf die unnötigen Ausgaben, ersuchen wir unsere Filialverwaltungen und Zahlstellen, nur so viele Exemplare „Vereins-Anzeiger“ zu beziehen, als unbedingt notwendig sind. Die Kollegen im Felde sollen nach wie vor den „Vereins-Anzeiger“ erhalten; aber in den Filialen und Zahlstellen dürfen nicht mehr verbleiben, als Mitglieder vorhanden sind.

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 41 des „Correspondenzblattes“ bei.